

CDU Schleswig-Flensburg • Lollfuß 60 • 24837 Schleswig

Info-Brief 06/2026

Petra Nicolaisen

Kreisvorsitzende

Lollfuß 60
24837 Schleswig

Telefon
04621 3060-96-0

E-Mail
info@cdu-365.de

Schleswig, 21. Apr. 2026

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde der Union,**

gestern traf sich der Kreisvorstand erstmals mit Vertretern der Sektion Flensburg/Schleswig des Wirtschaftsrates zum Gedankenaustausch, zu dem Sektionssprecher Hauke Präger in die VR-Bank Flensburg eingeladen hatte.

Der **Wirtschaftsrat der CDU e.V.** ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband, dessen Gründung 1963 vom damaligen Bundeswirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard angeregt wurde. Er bietet Unternehmern und Unternehmen eine Plattform, die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland mitzugestalten und hat den Mittelstand fest im Blick. Mit rund 13.000 Mitgliedern deutschlandweit nennt sich der Wirtschaftsrat das ordnungspolitische Gewissen der Politik und die starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Hauke Präger und Benjamin J. Feindt monierten die Schwerfälligkeit von Behörden bei Betriebsansiedlungen und Firmengründungen, dies vor allem auch für Dänische Unternehmen, die für lange Genehmigungswege wenig Verständnis haben, da sie dies aus Dänemark so nicht gewohnt sind. Aber auch die mangelnde Vernetzung derjenigen, die für Wirtschaftsförderung im Kreis und der Städte zuständig sind, bedarf unbedingt einer besseren Abstimmung.



Zum Abschluss der Diskussion verständigte man sich darauf, sich kurzfristig in „kleiner Runde“ erneut zu treffen und gemeinsame Forderungen an Landes- und Bundespolitik zu stellen, um Wirtschaftsansiedlungen schneller und mit mehr Unterstützung voranzutreiben zu können.

Reduzierung der Energiesteuer. Wir entlasten an der Zapfsäule.

Um die Beschlüsse des Koalitionsausschusses zügig umzusetzen, hat der Bundestag bereits über ein Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe beraten. Zur kurzfristigen Abfederung der Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft, insbesondere im Handwerk und in der Logistikbranche, werden die Kraftstoffpreise durch Senkung der Energiesteuersätze für Diesel und Benzin und deren steuerlich gleichgestellte Äquivalente (wie z.B. HVO 100) befristet für zwei Monate um jeweils 14,04 Cent je Liter reduziert. Einschließlich des darauf entfallenden Anteils an der Umsatzsteuer ergibt sich eine Entlastung von rund 17 Cent je Liter. Dadurch werden die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft bei den Preisen für Kraftstoffe um rund 1,6 Milliarden Euro entlastet. Die Energiesteuersenkung wirkt unbürokratisch und hilft, Verbraucher wie Wirtschaft gleichermaßen zu entlasten.



Nachdem abzusehen ist, dass die Lage rund um die Straße von Hormus angespannt bleibt, ist diese breite finanzielle Entlastung für Pendler und Wirtschaft nun der zweite Schritt in dieser Situation. Dieser folgt dem ersten Schritt, mit dem das Kartellrecht verschärft wurde, u.a. mit der Beweislastumkehr, wodurch das Bundeskartellamt die Preise und Gewinne besser untersuchen kann. Mit dem sog. österreichischen Modell (nur noch einmalige Möglichkeit der Preiserhöhung an Tankstellen pro Tag) wurden bereits die Voraussetzung für mehr Markttransparenz geschaffen.

Bund entlastet Länder und Kommunen

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bis 2029 jährlich mit insgesamt etwa einer Milliarde Euro. Damit können Städte und Gemeinden verstärkt ihre Schulden abbauen – und zugleich besser in die wichtige Infrastruktur und Dienstleistungen vor Ort investieren.

Mit insgesamt rund vier Milliarden Euro will der Bund Länder und Kommunen bis einschließlich 2029 finanziell unterstützen – rückwirkend zum 1. Januar 2026. Das Bundeskabinett hat dazu einen Gesetzentwurf beschlossen. Hintergrund sind kaputte Straßen, sanierungsbedürftige Kitas und Schulgebäude, wenige Service-Zeiten der Bürgerbüros: In vielen Städten und Gemeinden müssen Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen wie diese in Kauf nehmen.

Der Grund: Viele Kommunen in Deutschland haben mit einer hohen Schuldenlast zu kämpfen. Insgesamt lag das Minus im vergangenen Jahr nach aktuellem Stand bei etwa 32 Milliarden Euro.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ihre/Eure

